

Notiz

SCHOPENHAUERS GESETZ UND DIE WÄHRUNGSREFORM

Drei Anmerkungen zu einem methodischen Problem*

1. „Wirtschaft in Westdeutschland“ und andere Studien zu den Rekonstruktionsbedingungen der Bizone vom selben Autor haben in den vergangenen zehn Jahren ein lebhaftes Echo gefunden. Zumeist wurden diese Forschungsergebnisse von den Fachkollegen zustimmend rezipiert – bei aller Zustimmung aber auch gelegentlich falsch. Solche – recht seltene – Fälle scheint Ritschl im Auge zu haben, wenn er sich gegen die These von der „Bedeutungslosigkeit der Währungsreform“¹ wendet.

Abelshausers These ist dies nicht. Er schreibt der (Wirtschafts- und) Währungsreform von 1948 im Gegenteil nicht unerhebliche Folgewirkungen zu. Sie hat das

aus der Kriegswirtschaft überkommene System der Bewirtschaftung überwunden und den von allen Parteien – von den einen mehr, von den anderen weniger – gewünschten Einbau marktwirtschaftlicher Ordnungselemente ermöglicht. Sie hat den ordnungspolitischen Rahmen für eine gelenkte Marktwirtschaft geschaffen und die Alternative „marktwirtschaftliche Lenkungswirtschaft“ keynesianischen Zuschnitts zunächst verhindert². Sie hat wichtige Funktionen der Wirtschaftslenkung von den Ministerialverwaltungen auf das Bankensystem übertragen. Sie hat die Weichen gestellt für eine Verteilung der Einkommen und Vermögen, die seit den sechziger Jahren Gegenstand kritischer Betrachtung wurde³. Sie hat die Wiederaufbaustrategie Westdeutschlands von den Füßen auf den Kopf gestellt, indem sie – zumindest bis zur Koreakrise – die Kapitalbildung im Konsumgütersektor zu Lasten der schwerindustriellen Basis vielfältig begünstigte⁴. Sie hat die Teilung Deutsch-

* Bücher entwickeln ein Eigenleben. Werden sie gar 10 Jahre alt, kann ihnen auch ihr Autor nur aus gehöriger Distanz gerecht werden. Der Verfasser dieser Anmerkungen kann daher die Relevanz von Ritschls empirischer Überprüfung für die Debatte um die Produktionseffekte der Währungsreform nur aus seiner gegenwärtigen Perspektive, nicht aber aus dem Blickwinkel des Autors von „Wirtschaft in Westdeutschland“ beurteilen. Er beschränkt sich aus praktischen Gründen auf Abelshausers Schätzung zur Bizone. Die von Ritschl ebenfalls überprüfte Manz'sche Schätzung ist nach Methode und Materialbasis von dieser unterschieden und würde deshalb eine im einzelnen getrennte Behandlung erfordern. Im *Prinzip* gelten diese Anmerkungen aber auch für sie.

¹ Siehe den Beitrag von A. Ritschl in diesem Heft.

² Siehe dazu W. Abelshausen, *Freiheitlicher Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft: Die Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung* am 21. und 22. Juni 1946 (Dokumentation), in: VfZ 24 (1976), S. 415–449.

³ Siehe dazu W. Abelshausen, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt am Main 1983², S. 132–147.

⁴ W. Abelshausen, *Ansätze „korporativer Marktwirtschaft“ in der Koreakrise der frü-*

lands manifest werden lassen und den Ausbruch des Kalten Krieges auf deutschem Boden beschleunigt. Sie hat lange vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland die westzonale Einheit wirtschaftlich fundiert und damit im Bewußtsein der Deutschen mehr als die Unterzeichnung des Grundgesetzes und die Konstituierung des Bundestages am Anfang des westdeutschen Staates gestanden. Und sie hat – last but not least – auch die Entwicklung der Produktion positiv beeinflusst: „Zusätzliche Konsumanreize erhöhten die Arbeitsproduktivität. Die Ankündigung von Rohstofflieferungen aus dem ERP-Programm – und noch mehr die Hoffnung auf eine allgemeine Wiederaufnahme des Außenhandels – führten ebenfalls zur Einbeziehung von Rohstoff- und Materiallagern, die gestreckt oder völlig zurückgehalten worden waren, in den Produktionsprozeß. Wenn sich die Produktionseffekte dieser Vorgänge auch der Quantifizierung entziehen, so trugen sie doch ohne Zweifel zur Konsolidierung des Rekonstruktionsaufschwungs wesentlich bei.“⁵ Immerhin weisen auch Abelshausers eigene Schätzungen des Produktionsvolumens im Übergang vom zweiten zum dritten Quartal 1948 einen Anstieg von 14,6 vH aus (amtlicher Index: 29,8 vH), während die Produktion in den beiden vorangegangenen Quartalen „nur“ um 6,1 vH und 7,2 vH gewachsen war⁶.

Freilich macht Abelshausers eine entscheidende Einschränkung, die der eigentliche Gegenstand einer Kontroverse sein

müßte. Er sieht den Beginn der bizonalen Rekonstruktion – als Folge gezielter Ankerbelungsmaßnahmen – schon im Herbst 1947 eintreten und formuliert deshalb: „Eine *wesentliche* Beschleunigung der Wachstumsraten löste die Währungsreform offensichtlich nicht aus.“⁷ Dieses Ergebnis lenkt den Blick auf auslösende Faktoren der westdeutschen Rekonstruktion, die im Laufe von 1947 wirksam wurden. Es rückt die überraschend gut erhaltene Substanz der deutschen Industriewirtschaft ebenso ins Blickfeld wie die Anstrengungen der Militärregierung, diese Substanz schon lange vor der Währungsreform zu mobilisieren. Es waren nicht zuletzt diese frühen Produktionseffekte, die den Erfolg der Währungsreform gewährleisteten – nicht umgekehrt.

Aus heutiger Sicht mögen diese Hinweise fast trivial erscheinen. Vor zehn Jahren waren sie es nicht. Zweifellos sind auch Abelshausers Forschungsergebnisse Schopenhauers Gesetz unterworfen, insofern „auch ihm in vollem Maße das Schicksal werde, welches in jeder Erkenntnis, also umso mehr in der wichtigsten, allzeit der Wahrheit zu Theil ward, der nur ein kurzes Siegesfest beschieden ist, zwischen den beiden langen Zeiträumen, wo sie als paradox verdammt und als trivial gering geschätzt wird“⁸.

2. Ritschl überprüft die Produktionseffekte der Währungsreform mit Hilfe eines Verfahrens, das hohen methodischen Anforderungen genügt. Es wird dadurch möglich, die Gültigkeit einer zentralen Prämisse der in „Wirtschaft in Westdeutschland“ vorgenommenen Schätzung

hen fünfziger Jahre. Ein Briefwechsel zwischen dem Hohen Kommissar John McCloy und Bundeskanzler Konrad Adenauer (Dokumentation), in: VfZ 30 (1982), S.715–756.

⁵ W. Abelshausers, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975, S. 169.

⁶ Ebenda, S. 61.

⁷ Ebenda, S. 60; Unterstreichung v. Verf. dieser Anmerkungen.

⁸ Arthur Schopenhauer, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, 1. Band, Vorrede zur ersten Auflage (August 1818), Dritte, verbesserte und beträchtlich vermehrte Auflage, Leipzig 1859, S. XV.

zu testen. Dort war angenommen worden, daß die saisonbereinigte durchschnittliche Stromproduktivität im betrachteten Zeitraum konstant sei. Abelshauer hatte allerdings eingeräumt, daß diese Annahme eine „Fehlerquelle“ darstelle, „die mit den vorhandenen Mitteln nicht gut abgesichert werden kann“⁹. Wenn er sie „trotz dieser Bedenken ... für den kurzen Betrachtungszeitraum“ gelten ließ, so nur deshalb, weil er die Wirkung anderer, gegenläufiger Effekte vermutete, die den mutmaßlichen Schätzfehler tendenziell ausgleichen konnten¹⁰.

Ritschl hat nun überzeugend nachgewiesen, daß die Annahme konstanter Stromproduktivität nicht zulässig ist, Abelshauers Schätzung also in der Tat jene Fehlerquelle enthält, von der er glaubte, sie in Kauf nehmen zu können. Ist damit aber auch die These, derzufolge das Produktionsniveau vor der Währungsreform in der amtlichen Statistik unterschätzt worden sei, zurückgewiesen? Herrscht in dieser Frage tatsächlich „Mangel am Explanans“?

Die hier überprüfte Schätzung hat diese These nicht erst begründet. Sie war vielmehr der Versuch, ein – offenbar von niemandem bestrittenes – Phänomen zu quantifizieren. In den Akten der alliierten und deutschen Wirtschaftsverwaltungen finden sich zahlreiche Hinweise auf das Ausmaß der nicht amtlich erfaßten Produktion. Sie sind z. T. durch zeitgenössische empirische Untersuchungen erhärtet und schwanken zwischen 10 und 80 vH.¹¹ Vor diesem Hintergrund liefert Abelshauers Schätzung mit 12 vH ein Ergebnis, das zu einer vorsichtigen Beurteilung des untersuchten Effekts anhält. Schätzergebnisse, die wie das Ritschlsche implizieren, daß auch vor der Währungsreform 100 Prozent der Produktion amtlich erfaßt worden

seien, sind dagegen wenig plausibel und deuten auf mögliche andere Fehlerquellen im Schätzverfahren hin.

Die wichtigste dieser Fehlerquellen dürfte in der Unzulänglichkeit des Datenmaterials liegen. Ritschl hat zwar die Schätzmethode verfeinert, mußte aber im wesentlichen auf dieselben Zahlen zurückgreifen, die Abelshauer vorgefunden hatte. Auf schwankender Datengrundlage führt höherer methodischer Aufwand aber nicht zwangsläufig auch zu besseren Ergebnissen – eine Erfahrung, die kaum jemandem erspart bleibt, der sich dem Einsatz quantifizierender Methoden in der Geschichtsforschung verpflichtet weiß.

Ritschl hat den verdienstvollen Versuch unternommen, ein auf einer problematischen Annahme beruhendes Schätzergebnis mit Hilfe verfeinerter Methoden zu überprüfen. Dieser Versuch ist als solcher wohl gelungen – und dennoch kann das Resultat nicht voll befriedigen. Am Ende stehen sich zwei Schätzungen gegenüber, die beide ihr Defizit haben. Die eine ist – wie sich nun erhärtet – methodisch nicht abgesichert, stimmt aber mit anderen von ihr unabhängigen Schätzungen zeitgenössischer Experten überein – und zwar mit den vorsichtigsten unter ihnen. Die andere ist fraglos einem weit anspruchsvolleren Verfahren entsprungen, entbehrt aber jeder inhaltlichen Plausibilität.

3. Ritschl argumentiert im wesentlichen formal. Inhaltliche Fragen wirft er nur am Rande auf. So sieht er zum Beispiel im Vergleich der französischen Zone mit dem Zweizonengebiet den entscheidenden Beleg der (alleinigen) Relevanz der Wirtschaftsreform für die Produktionsentwicklung. Weil im Südwesten zwar die Währungsreform, (zunächst) aber keine Wirtschaftsreform durchgeführt wurde, glaubte er die schwächere Wachstumsentwicklung in der französischen Zone „*ceteris paribus*“ auf diesen Unterschied in der Wirtschaftsordnungspolitik zurückführen zu können.

⁹ Wirtschaft in Westdeutschland, S. 56.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, S. 54 f.

Leider sind die übrigen Rekonstruktionsbedingungen der französischen Zone aber keineswegs mit denen in der Bizone vergleichbar¹². Die französische Zone hatte eine wahrscheinlich mehr als doppelt so hohe Demontagelast zu tragen, wie die Bizone und war auch schlechter mit Arbeitskräften ausgestattet als das in Fragen des Zuzugs von Vertriebenen und Flüchtlingen großzügigere Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Frankreich entnahm bis zum Frühjahr 1948 mehr als 10 vH. der laufenden Produktion seiner Zone für seine Zwecke und unternahm nichts, was mit den Ankurbelungsmaßnahmen vergleichbar gewesen wäre, die Amerikaner und Briten seit Anfang 1947 in ihrem Besatzungsgebiet vornahmen. Entsprechend war die industrielle Produktion hier in den zwölf Monaten vor der Währungsreform um 2 Prozentpunkte, in der Bizone aber um elf Prozentpunkte gestiegen¹³. Ohne vorhergegangene Ankurbelung der Produktion bei insgesamt schlechteren Rahmenbedingungen führte die Währungsreform in der französischen Zone nicht zu den dramatischen Veränderungen in der Versorgungslage (diese war schon vorher durch ihre Einbeziehung in die amerikanischen Auslandshilfen spürbar verbessert worden), wie sie in der Bizone aus gefüllten Horten möglich war. Der Aufschwung erreichte auch bei weitem nicht die Dynamik, die für die schon erheblich weiter fortgeschrittene Entwicklung im Gebiet der Bizone charakteristisch ist.

¹² Vergleiche dazu W. Abelshäuser, *Wirtschaft und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949*, in: *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949*, hrsg. v. C. Scharf und H.-J. Schröder, Wiesbaden 1983, S. 111–140; siehe auch die Dissertation von Mathias Manz, die jetzt im Druck vorliegt: *Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948*, Ostfildern 1985.

¹³ Abelshäuser, *Französische Zone*, S. 112.

Vor diesem Hintergrund sind negative Folgen des Ausbleibens der Wirtschaftsreform für die französische Besatzungszone zwar *denkbar*, keineswegs aber zwingend anzunehmen. Es spricht vielmehr alles dafür, daß sich die Unterschiede in der Produktionsentwicklung zur Bizone aus den Sonderbedingungen des Südwestens heraus auch ohne eine solche Annahme gut erklären lassen.

Soweit Ritschl zu den von ihm vermuteten Auswirkungen der Wirtschaftsreform *inhaltlich* argumentiert, bezieht er sich auf ein 1980/81 erschienenes Buch von János Kornai. Kornais Theorie der Mangelwirtschaft¹⁴, ein zweibändiges Lehrbuch aus der Feder eines Mitglieds der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, ist im Westen aus verschiedenen Gründen beifällig aufgenommen worden. Sie sammelt die ganze Fülle alltäglicher Wirtschaftserfahrungen der Länder des realen Sozialismus und bringt vieles davon – auch viel selbstverständliches, aber durch seine Übersetzung in die Kunstsprache der nationalökonomischen Theorie gründlich verfremdetes – in ein ebenso ungeschöntes wie realistisches System der sozialistischen Wirtschaft¹⁵. Ritschl nimmt nun Kornai für die These in Anspruch, daß die Produktion in Planwirtschaften typischerweise durch unzureichende Zwischenproduktversorgung, diejenige kapitalistischer Wirtschaften aber durch Grenzen in der Nachfrage beschränkt sei. Dies ist wohl wahr, trifft aber, was die Produktionseffekte der Währungsreform angeht, nicht den Kern der Kontroverse.

Zunächst muß auf einen Widerspruch in Ritschls Argumentation hingewiesen werden. Wenn es denn stimmt (und es ist ja unbestritten), daß die „Planwirtschaft“ der

¹⁴ J. Kornai, *Economics of Shortage*, Bde. A u. B, Amsterdam 1980 u. 1981.

¹⁵ Vergleiche dazu die Besprechung von K. Laszki, in: *Kyklos*, Vol. 35 (1982), S. 744–747.

„Vorwährungszeit“ die Betriebe gezwungen hat, hohe (illegale) Lagerbestände an Vorprodukten zu halten, um sich gegen Versorgungsstockungen zu versichern, bzw. diese durch Kompensationsgeschäfte aufzufangen, wie kann dann die amtliche Statistik vor der Währungsreform das tatsächliche Produktionsniveau wiedergeben, wie es Ritschls statistischer Versuch impliziert? Würde nicht gerade dieser – vielfach bestätigte – Effekt ganz automatisch zu einer Unterschätzung des Produktionsniveaus vor dem 20. Juni 1948 führen müssen?

Wichtiger ist aber noch, daß auch Abelshausers gerade im Abbau hoher Lagerbestände (die er allerdings zum größeren Teil als Horte identifiziert, die im Hinblick auf die vielfach angekündigte Währungsreform gehalten werden) eine Wirkung der Währungsreform sieht, die sich auch in der Entwicklung der Produktion niederschlägt. Zweifellos hat die Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 Bedingungen geschaffen, die insgesamt (wenn auch nicht unbedingt in den Engpaßsektoren) für die Produktionsentwicklung günstiger waren, als das teils verrottete, teils halbherzig durchgeführte Bewirtschafts- und Lenkungssystem in der Zeit davor. Auch dies wird ja nicht bestritten¹⁶. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob die Währungsreform am Beginn des Wiederaufstiegs der

westdeutschen Wirtschaft stand oder ob – wie in „Wirtschaft in Westdeutschland“ nachgewiesen wird – die Ankurbelung der Industrieproduktion schon im Laufe des Jahres 1947 erfolgt ist. Und schließlich geht es auch darum, welche Rolle der Wirtschaftsordnung gegenüber anderen systemunabhängigen Determinanten der Rekonstruktion zukommt: „Bevor nicht die Frage des Eigentums ... entschieden war, blieb allerdings ein großer Teil des Wachstumspotentials unausgeschöpft. Vor diesem Hintergrund stellte die im Sommer 1947 getroffene Entscheidung gegen die Sozialisierung gewiß eine wichtige Voraussetzung des folgenden Aufschwungs dar. Sobald aber die Wirtschaftsordnung ihre wesentliche Aufgabe, nämlich die Kombination der Produktionsfaktoren rechtlich und politisch zu regeln, zufriedenstellend erfüllt hatte, trat ihre Bedeutung hinter die Rekonstruktionskräfte zurück.“¹⁷ Die Frage ist also nicht, ob die Wirtschafts- und Währungsreform *einen*, sondern ob sie einen *wesentlichen* Produktionseffekt hatte. Insofern geht Ritschls statistischer Versuch an Abelshausers inhaltlicher Position vorbei. Er könnte aber dazu beitragen, den kurzen Zeitraum zu verlängern, der ihr nach Schopenhauers Gesetz zwischen Verdammung und Geringschätzung gegeben ist.

Bochum

Werner Abelshausers

¹⁶ Eine angemessene Frage wäre, ob die Alternative zur Erhardschen Wirtschaftsreform – eine keynesianisch inspirierte Form der Globalsteuerung und „Lenkung der leichten Hand“ – in dieser Hinsicht ebenso wirksam gewesen wäre.

¹⁷ *Wirtschaft in Westdeutschland*, S. 170; statt „Wachstumspotential“ besser „Rekonstruktionspotential“.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Benz, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte u. a. „Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923“ (Berlin 1970), „Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser v. Filseck“ (Stuttgart 1971), „Einheit der Nation. Diskussion und Konzeption zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945“ (Stuttgart 1978, zus. mit G. Plum und W. Röder), „Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes“ (München 1979), „Rechtsexremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen“ (Frankfurt 1984), „Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat“ (München 1984), „Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949“ (Frankfurt 1984), zahlreiche Aufsätze zur deutschen Zeitgeschichte und (als Hrsg. zus. mit H. Graml) „Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer“ (Stuttgart 1976), „Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis“ (Stuttgart 1976), „Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg“ (Stuttgart 1979), „Weltprobleme zwischen den Machtblöcken“ (Frankfurt 1981, Fischer Weltgeschichte, Bd. 36), „Europa nach dem Zweiten Weltkrieg“ (Frankfurt 1983, Fischer Weltgeschichte, Bd. 35), ferner Hrsg. von „Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Politik, Gesellschaft, Kultur“ (Frankfurt 1983).

Dr. Bernd Bonwetsch, Professor am Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte der Ruhr-Universität Bochum (4630 Bochum, Universitätsstraße 150), veröffentlichte u. a. „Kriegsallianz und Wirtschaftsinteressen. Rußland in den Wirtschaftsplänen Englands und Frankreichs 1914–1917“ (Düsseldorf 1973), „Rußland und der Separatfrieden im Ersten Weltkrieg. Zum Stand einer Kontroverse“ (in: Gesch. u. Ge-

sellsch. 3, 1977, S. 125 ff.), „Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik in der Bismarckzeit“ (in Gesch. u. Gesellschaft, 5, 1979, S. 261 ff.), „Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem“ (Hrsg., Berlin 1985).

Dr. Dr. h. c. Karl Dietrich Bracher, o. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn (5300 Bonn, am Hofgarten 15); Hauptwerke: „Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie“ (Stuttgart/Düsseldorf 1955, 6. Aufl. Königstein, Ts., 1978), „Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland“ (mit G. Schulz und W. Sauer, Köln 1960, 3. Aufl. 1974), „Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur“ (Bern/München/Wien 1964), „Die deutsche Diktatur“ (Köln/Berlin 1969, 6. Aufl. 1979), „Das deutsche Dilemma“ (München 1971), „Zeitgeschichtliche Kontroversen“ (München 1976, 4. Aufl. 1980), „Schlüsselwörter in der Geschichte“ (Düsseldorf 1978), „Europa in der Krise“ (Frankfurt/Berlin/Wien), „Geschichte und Gewalt“ (Berlin 1981), „Zeit der Ideologien“ (Stuttgart 1982); gegenwärtige Forschungsgebiete: Geschichte der politischen Ideen, Zeitgeschichte der Bundesrepublik, Vergleich von Herrschaftssystemen.

Dr. Jürgen C. Heß, Professor für Neueste Geschichte an der Freien Universität Amsterdam (1214 KJ Hilversum, Elzenlaan 17), veröffentlichte u. a. „Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland“ (Stuttgart 1973), „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei“ (Stuttgart 1978), „Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus“ (in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980); derzeit mit einer Studie über Theodor Heuss (1945 bis 1949) beschäftigt, ferner mit einer Arbeit über den englischen Ge-

werkschaftsdachverband TUC und dessen Haltung zu strukturellen sozialökonomischen Reformen 1931–1951.

Dr. Peter M. Kuhfus, Akademischer Rat am Seminar für ostasiatische Philologie der Universität Tübingen (7400 Tübingen 1, Herrenberger Straße 51), veröffentlichte u. a. „Li Hongzhang und Eguo“ (Li Hongzhang und Rußland, Tübingen 1980), „Sozialismus in wievielen Ländern? Sowjetologie und Entstehung des ‚Ostblocks‘“ (in: *Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem*, hrsg. von B. Bonwetsch,

Berlin 1985), „Die Risiken der Freundschaft. China und der Jalta-Mythos“ (in: *Bochumer Jahrbuch für Ostasienforschung* 1984, S. 247 ff.); Zur Zeit mit quellenkritischen Untersuchungen zu den Werken Maos und mit einer Arbeit zu den internationalen Dimensionen der Revolution in China von 1911 beschäftigt.

Albrecht Ritschl, Diplomvolkswirt und Doktorand am Volkswirtschaftlichen Institut, Seminar für Wirtschaftsgeschichte der Universität München (Prof. Dr. Knut Borchardt) (8000 München 40, Biedersteiner Straße 3–5).